



Position:

Finanzpolitik

► **Covid-19 hat zu einer massiven Erhöhung der öffentlichen Ausgaben geführt. Statt die Staatsaktivitäten noch mehr auszuweiten, wären Einsparungen angezeigt.**

Der Staat muss wieder Sparen lernen!

Zurückhaltung bei der Ausgabenpolitik, Durchsetzung der Finanzdisziplin und ein ausgeglichener Staatshaushalt: eigentlich eine Selbstverständlichkeit, hält doch auch die Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons (FHV; RB3.2111) fest, dass Ausgaben und Einnahmen auf Dauer im Gleichgewicht zu halten sind.

In Zeiten der Pandemie erfolgt die Einhaltung dieses finanzpolitischen Grundsatzes unter erschwerten Bedingungen. Die Folgen des Produktionsausfalls der Schweizer Wirtschaft sind gravierend und könnten bis zu 50 Milliarden Franken kosten.

Um die Auswirkungen der Pandemie abzumildern, stellt die Schweizer Politik Dutzende Milliarden Franken an Unterstützungsgeldern bereit.

Die Bereitschaft, mit Steuergeldern privatwirtschaftlichen Bereichen aus einer echten oder auch nur vermeintlichen Notlage zu helfen, ist enorm.

Dabei ist aber auch Vorsicht geboten.

Tür und Tor sind geöffnet für branchenspezifische Begehrlichkeiten zur Schaffung neuer Subventionen, die Gefahr laufen zu bleiben.

► **Die Bürger haben Anrecht auf einen ausgeglichenen Staatshaushalt**

Für 2020 werden Bund, Kantone und Gemeinden infolge Covid-19 in ihren Haushalten rote Zahlen schreiben, oder zumindest weit nach unten korrigieren müssen.

Covid-19 sollte aber auch zum Anlass genommen werden, überflüssige Ausbaupläne zu sistieren, liebgewonnene Verwaltungsaktivitäten aufzugeben und scheinbar sakrosankte Staatsausgaben kritisch zu hinterfragen.

Vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit haben «nice to have Projekte» keinen Platz. Auch müssen heute aufgestockte Schuldenberge innert nützlicher Frist, das heisst von unserer Generation, wieder abgetragen werden.

Der Ansatz einfach die Schuldenbremse auszusetzen greift daher zu kurz.

Auch hat das Schweizer Stimmvolk bei der Abstimmung zur Schuldenbremse mit 85% zugestimmt.

Die Alimentierung der Staatsaktivitäten mit öffentlichen Geldern sollte sich gemäss «New Public Governance»

- Effektivität
- Effizienz
- Wirtschaftlichkeit
- Qualität
- Rechtmässigkeit

► **Die Ausgaben müssen sich nach den Einnahmen richten**

Um die Finanzgebaren in Zaum zu halten gilt es permanent kritisch die Ausgabenseite zu hinterfragen:

- Welche gesetzlichen Aufgaben werden gegenwärtig mit einem zu übermässigen Ressourceneinsatz erbracht?
- Werden die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger mit den öffentlichen Leistungen tatsächlich befriedigt?
- Wie wirtschaftlich und kostengünstig werden die staatlichen Leistungen erbracht?
- Wer kann eine Aufgabe am besten und kostengünstigsten erfüllen?
(Das muss nicht zwingend eine Verwaltungsstelle oder ein Unternehmen in Staatsbesitz sein.)

Die Finanzpolitik muss aber gerade diese unbequemen Fragestellungen beantworten.

Um entsprechende Verschlinkungen des Finanzwesens anzugehen benötigt es eine Analyse der unzähligen Leistungen und Teilleistungen, die die heutigen Staatsaktivitäten umfassen.

► **Den staatlichen Verwaltungsapparat verschlanken.**

Der Staatsapparat und die Verwaltung sind generell in der Schweiz im Vergleich mit dem Wirtschaftswachstum überproportional angewachsen. Auch hier trifft der Grundsatz zu dass der Staatsapparat und die Bürokratie anwächst, je mehr finanzielle Möglichkeiten eingeräumt werden. Deshalb ist es auch im Interesse des Bürgers eine permanente Effizienz- und Effektivitätserwartung aufrecht zu erhalten.



Den Abbau der Coronaschulden kann der öffentliche Sektor mit Ersparnissen im eigenen Verwaltungspersonal vorantreiben:

Um den jährlich steigenden Personalausgaben Einhalt zu gebieten, ist ein schweizweiter Stellenstopp für die Verwaltung nötig.

Weder der Rückbau von Verwaltungsstellen, die weniger der Allgemeinheit als irgendwelchen Sonderinteressen dienen, noch die Abschaffung von Privilegien für Staatsangestellte darf ein Tabu sein.

Dieser dazu nötige, wenn auch unbequeme, politische Führungswille gilt es aufzubringen.

► **Finanzdisziplin schärfen und Schuldenbremse erweitern**

Die Sozialversicherungen sind jener Bereich welcher in den letzten Jahren mit Abstand am meisten angewachsen ist.

Mit einem Anteil von rund einem Drittel nehmen die Ausgaben im Bereich der sozialen Wohlfahrt den grössten Platz in den Budgetposten ein.

- **Statt die Schuldenbremse aufzuweichen, ist sie auf die Sozialversicherungen auszuweiten!**

Mit der Einführung eines Schuldenbremsautomatismus wäre das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben im Sozialbereich langfristig zu sichern.

Um den finanzpolitischen Spielraum zurückzugewinnen, sind auch die verschiedenen Fondslösungen auf ihre Berechtigung und Zweckmässigkeit zu überprüfen.

In den Jahren der Hochkonjunktur mit sprudelnden Steuereinnahmen und stetig steigender Wirtschaftsleistung war der Spardruck für den Staat gering. Sparsamkeit muss er nun dringend wieder lernen. Das gelingt durch gezieltes Überprüfen des Staatsapparates und Optimieren des Finanzhaushaltes.

► **Handlungsfelder und Anregungen**

- **Aufgabenverzicht,**
- **eine Reduktion des Verwaltungskörpers,**
- **eine Ausweitung der Schuldenbremse**
- **eine Aufhebung des gesetzlichen Bindungsgrads.**

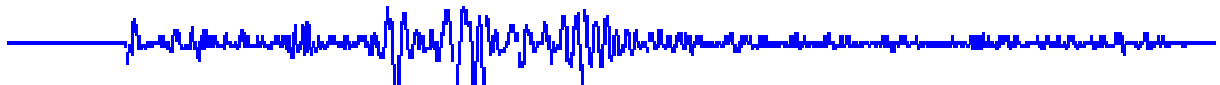


► **Fazit:**

Wer finanzielle Reserven hat übersteht eine Krise besser.
Das zeigen auch die Erfahrungen aus der Finanzkrise und ein Blick auf andere europäische Länder.

Es braucht eine Politik die rechnen kann!

Eine stringente Finanzdisziplin muss durchgesetzt werden.
Sie ist eine unverzichtbare Bedingung für die langfristige Prosperitätssicherung unseres Gemeinwesens, aber auch im Sinne der Generationengerechtigkeit.



Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld dass sie erhält,
aus dem Schweiss ihres Volkes stammt.
Es ist gerecht, dass jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates
tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte
seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.

Friedrich II (1712 – 1786)